

# Hohe Inflation und stärkere Verteilungskonflikte

## Bedingungen der Tarifpolitik in Zeiten erhöhter Inflation

### Weltwirtschaft erholt sich

Der Krieg gegen die Ukraine belastet seit über einem Jahr die Weltwirtschaft. Nach Kriegsausbruch kletterten die Weltmarktpreise für Öl, Gas, Benzin, Industriemetalle und Nahrungsmittel. Die starken Preissteigerungen drückten die Konsum- und Investitionsausgaben der Privathaushalte und Unternehmen. Die führenden Industriestaaten begrenzten mit Konjunkturprogrammen und Unternehmenshilfen die wirtschaftlich negativen Folgen der Energiekrise. Dennoch wurde die globale wirtschaftliche Entwicklung geschwächt.

Es gibt aber auch gute Nachrichten: Die Energie- und Rohstoffpreise sinken wieder, nachdem sie 2022 durch die Decke schossen. Zudem hat die Corona-Pandemie ihren Höhepunkt überschritten. Weltweit fahren Regierungen ihre gesundheitlichen Eindämmungsmaßnahmen zurück. Seit Anfang 2023 ist der Ausblick auf die Wirtschaftsentwicklung optimistischer. Die Weltwirtschaft wird nach Schätzungen der EU-Kommission vom Februar dieses Jahr um preisbereinigt drei Prozent wachsen. Auch der Welthandel wird 2023

### Inhaltsübersicht

Weltwirtschaft erholt sich.....	1
Deutsche Wirtschaft erholt sich im Jahresverlauf 2023.....	3
Preise steigen weiter.....	4
Robuster Arbeitsmarkt .....	5
FDP-Finanzminister blockiert öffentliche Finanzen.....	6
Reallöhne sichern! .....	8

zunehmen. Für den wirtschaftlichen Ausblick bestehen aber weiter hohe Risiken. Eine Eskalation des Ukrainekrieges könnte zu massiven Produktionsausfällen und explodierenden Energiepreisen führen.

Die US-Volkswirtschaft wird 2023 um voraussichtlich etwa ein Prozent wachsen. Der Arbeitsmarkt ist sehr robust. Die offizielle Arbeitslosenquote liegt bei niedrigen 3,8 Prozent. Kräftige Lohnzuwächse und ein starker privater Konsum schieben

» **Die Energie- und Rohstoffpreise sinken wieder. Der Ausblick ist jetzt optimistischer.**

das Wachstum an. Eine neue US-Industriepolitik stärkt die Investitionen. In den nächsten zehn Jahren wird Washington insgesamt 369 Mrd. US-Dollar für Zuschüsse, Steuergutschriften und Darlehen für grüne Investitionen ausgeben. Die finanzielle Förderung wird zudem eng an lokale Wertschöpfung geknüpft. Diese US-Industriepolitik wird in Europa stark kritisiert, da sie angeblich europäische Unternehmen diskriminiert. Das Problem ist aber weniger eine US-Industriepolitik, die staatliche Förderung an die Schaffung von heimischen Arbeitsplätzen knüpft. Das Problem ist, dass in Europa im Vertrauen auf die segensreichen Kräfte des Marktes jahrzehntelang keine Industriepolitik gemacht wurde.

Die US-Preise steigen weiter. Der Preisschub fällt aber wahrscheinlich im laufenden Jahr schwächer aus als im Vorjahr. Die Inflationsrate wird vermutlich bei vier Prozent liegen. Trotzdem dreht die US-amerikanische Zentralbank (FED) weiter an der Zinsschraube und gefährdet damit den Aufschwung. Der Leitzins der FED liegt jetzt bei 4,6 Prozent.

Im Euroraum erholt sich die Wirtschaft langsam wieder. Für das laufende Jahr wird ein Wirtschaftswachstum von 0,5 Prozent erwartet. Die Material- und Lieferkettenengpässe lösen sich

langsam auf. Die europäische Industrie hat volle Auftragsbücher und wird ihre Produktion in den nächsten Monaten ausweiten. Die Arbeitslosenquote liegt aktuell bei sieben Prozent. Die europäischen Aufbau- und Resilienzfonds setzen Anreize für zusätzliche Investitionen. Die Preise steigen dieses Jahr im Währungsraum vermutlich nur noch um rund sechs Prozent. Im Vorjahr betrug die Inflation noch 8,4 Prozent. Im Januar 2023 lag sie immer noch bei hohen 8,5 Prozent. Wobei die Preise in den Euroländern unterschiedlich stark steigen. Während die Inflation in den baltischen Staaten auf fast 20 Prozent kletterte, betrug der Preisschub in Frankreich lediglich sechs Prozent. Ursächlich hierfür sind die unterschiedliche Gasabhängigkeit und die nationale Inflationsbekämpfungspolitik.

Die europäische Zentralbank (EZB) hat ihren Leitzins innerhalb eines halben Jahres auf drei Prozent erhöht. Dadurch verteuern sich die Verbraucher- und Unternehmenskredite. Dies belastet die wirtschaftliche Entwicklung der Eurozone. Zwischen Paris und Rom ist die Bautätigkeit bereits massiv zurückgegangen. Die europäischen Notenbanker überziehen mit ihrer Zinspolitik. Der

» **Die Zinspolitik der europäischen Notenbanker belastet die wirtschaftliche Entwicklung der Eurozone.**

Preisschub im Euroraum ist eine importierte Inflation. Zentraler Inflationstreiber sind die steigenden Energiepreise. Die Weltmarktpreise für Gas, Öl und Kohle können aber nicht durch die EZB-Zinspolitik beeinflusst werden. Eine starke binnenwirtschaftliche Preisentwicklung in einer Form Lohn-Preis-Spirale ist in Europa weit und breit nicht in Sicht.

Die chinesische Volkswirtschaft wird dieses Jahr wieder kräftig wachsen. Das Ende der Zero-Covid-Politik belebt die Wirtschaft. Experten gehen davon aus, dass das chinesische Inlandsprodukt

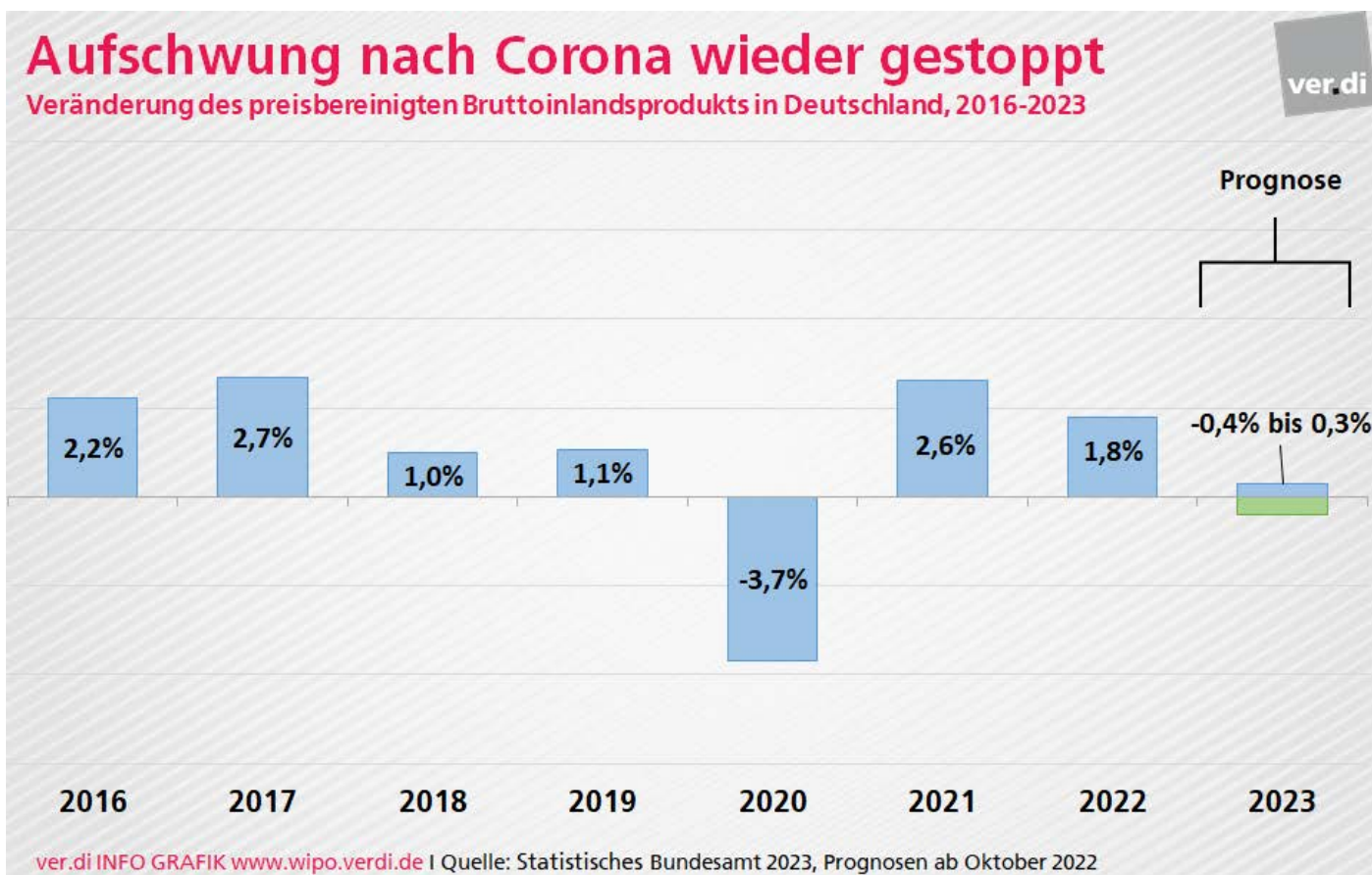
2023 um fünf Prozent zunehmen wird. Lediglich der Immobiliensektor steckt noch in einer Krise. Andere asiatische Schwellenländer – Indien, Indonesien, Thailand, Philippinen – werden 2023 ebenfalls stark wachsen. Die lateinamerikanischen Volkswirtschaften werden sich hingegen nur sehr schwach erholen.

## Deutsche Wirtschaft erholt sich im Jahresverlauf 2023

Der russische Angriffskrieg belastet die deutsche Wirtschaft nicht mehr so stark wie im Vorjahr. Die Energiepreise sinken und die Corona-bedingten Lieferengpässe lösen sich auf. Positiv wirken auch die staatlichen Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen und private Haushalte.

Im letzten Jahr wuchs das Bruttoinlandsprodukt im Vorjahresvergleich preisbereinigt um 1,8 Prozent. Es liegt damit wieder leicht über dem Vorkrisenniveau. Die Exporte nahmen preisbereinigt um drei Prozent zu, die Importe wuchsen aber mit sechs Prozent deutlich stärker, wegen der massiv höheren Preise für Energieimporte nominal sogar um 24 Prozent. Die Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen wuchsen preisbereinigt um drei Prozent.

Die einzelnen Wirtschaftszweige entwickelten sich 2022 sehr unterschiedlich. Das Verarbeitende Gewerbe litt besonders unter den gestörten internationalen Lieferketten und den hohen Preisen für Energie, Rohstoffe und Vorprodukte. In einigen Dienstleistungsbereichen kam es nach dem Ende nahezu aller Corona-Maßnahmen hingegen zu Nachholeffekten: Die Haushalte konnten wieder Geld ausgeben, und sie taten dies



auch. Ein dickes Nachfrageplus verzeichneten etwa die Kultur- und Unterhaltungsbranche, der Verkehrsbereich und das Gastgewerbe.

Auch die gute Lage am Arbeitsmarkt stärkte den privaten Konsum. Gleichzeitig wurde der private Verbrauch durch die steigenden Verbraucher- und Energiepreise geschwächt. Die staatlichen Unterstützungsmaßnahmen konnten

» **Der private Konsum stützte die Konjunktur.**

dies teilweise auffangen: Es war richtig, dass die Bundesregierung 2022 drei Entlastungspakete geschnürt und einen wirtschaftlichen „Abwehrschirm“ beschlossen hat. Damit stützte sie unter anderem den privaten Konsum in einer schwierigen Situation. Die Gas- und Strompreisbremse entlastet die privaten Haushalte und Unternehmen bis April 2024. Allerdings waren die Maßnahmen mit Blick auf private Haushalte wenig zielgenau. So nützen Steuerentlastungen vor allem höheren Einkommen. Von den Energiepreisbremsen profitierten Villenbesitzer mit beheiztem Schwimmbad mehr als Geringverdienende mit Zwei-Zimmer-Wohnung.

Zu einer Belastung der Konjunktur – aber in der Folge auch des Wohnungsmarktes – sind auch die hohen Baukosten geworden. Nachdem die Kosten für Bauland gerade in den Metropolen schon seit Jahren deutlich anstiegen, sind in jüngerer Zeit auch die Kosten für Baumaterialien und die Bauzinsen nach oben geschossen. Die Wohnungsbaukreditvergabe der Banken an private Haushalte ist 2022 in historischen Dimensionen eingebrochen. Und auch der Wohnungsneubau durch Unternehmen leidet, insbesondere der bezahlbare. In 2022 war die Produktion des Baugewerbes insgesamt deutlich rückläufig, eine Erholung ist nicht in Sicht. Damit steigt zugleich die Gefahr, dass das Wohnraumangebot noch weiter hinter die Nachfrage zurückfällt und der Druck auf die Mieten weiter zunimmt.

Zweifelsohne bestehen auch Risiken für die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Der russische Angriffskrieg, die anhaltend hohen Preise und Unsicherheiten bezüglich der kurz- und mittelfristigen Gasversorgung erschweren derzeit verlässliche Prognosen. Die Bundesregierung geht für 2023 von einem Wirtschaftswachstum von 0,2 Prozent aus. In den letzten Wochen wurden die Erwartungen der Expertinnen und Experten eher nach oben korrigiert.

## Preise steigen weiter

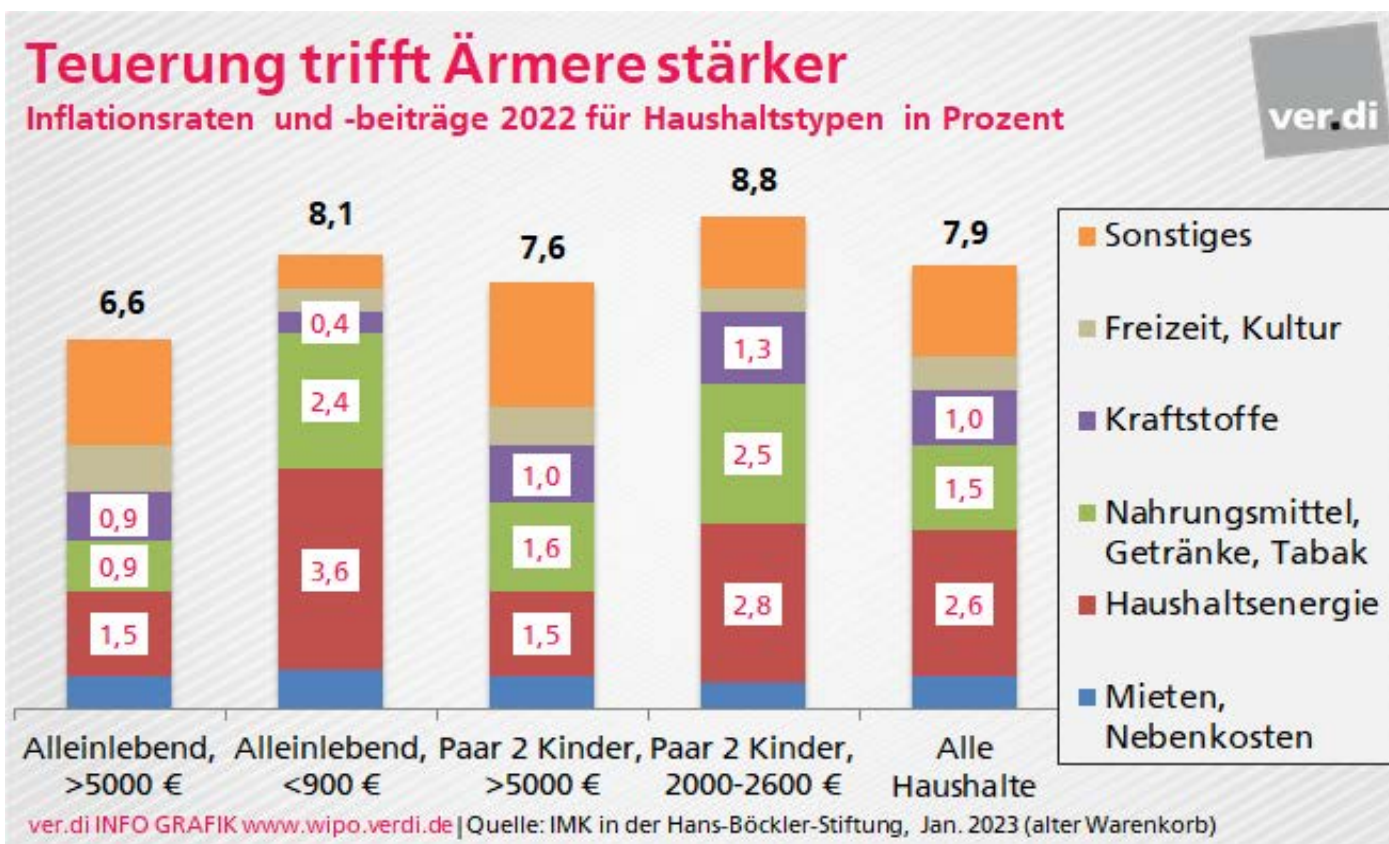
Für die Berechnung des Verbraucherpreisindex, also der Veränderungsrate der Verbraucherpreise (und damit einer Kennziffer zur Messung der Inflation), ist das Statistische Bundesamt zuständig. Aktuell hat das Amt – wie es dies regelmäßig tut – die Berechnungsweise dafür geändert. Das Basisjahr, das als Ausgangspunkt der Berechnung dient, ist nun das Jahr 2020 (zuvor 2015). Zugleich hat das Statistische Bundesamt den so genannten Warenkorb überarbeitet: Die zur Berechnung des Verbraucherpreisindex berücksichtigten etwa 700 Güter und Dienstleistungen wurden an das gegenüber 2015 veränderte Konsumverhalten der Verbraucherinnen und Verbraucher angepasst. Dabei hat es ausgerechnet das Gewicht von Energie und Mieten am Warenkorb gesenkt.

Dies hat Auswirkungen auf die auf diese Weise berechneten Inflationsraten. Nachdem das Amt den Jahreswert für 2022 zunächst mit 7,9 Prozent

» **Es gibt die höchsten Inflationsraten seit Jahrzehnten.**

angegeben hatte, beträgt dieser nach neuer Berechnung nun 6,9 Prozent.

Überraschend ist das nicht, denn Revisionen des Verbraucherpreisindex gehen regelmäßig mit niedrigeren Werten einher. Diese 6,9 Prozent sind allerdings noch immer der höchste Wert seit



Jahrzehnten. Und gerade am aktuellen Rand haben wir es nach wie vor mit Rekorden zu tun: Im Januar 2023 lagen die Verbraucherpreise um 8,7 Prozent über dem Wert des Vorjahresmonats. Und dabei sind die Energiepreispbremsen der Bundesregierung schon berücksichtigt – ohne sie wäre die Inflation noch höher.

Inflation ist nicht für alle gleich. Die hohen und weiter steigenden Preise treffen Haushalte mit kleinen Einkommen und mit Kindern besonders stark. Denn diese Haushalte geben einen besonders hohen Anteil ihres monatlichen Einkommens für Heizung, Mobilität und Nahrungsmittel aus – also für Produkte, die aktuell besonders teuer geworden sind. Hinzu kommt, dass einkommensschwächere Haushalte in der Regel weniger Geld gespart haben, mit dem sie die höheren Lebenshaltungskosten auffangen könnten.

Die Bundesregierung geht für 2023 von einer Inflationsrate (Verbraucherpreisindex) von 6,0 Prozent aus. Damit liegt sie in etwa im Mittelfeld, verglichen mit den Prognosen der Institute. Dass die Inflation hoch bleibt, ist nicht unwahrscheinlich. Schließlich tobt in der Ukraine noch immer ein Krieg, auch ist im kommenden Winter eine Gasmangellage keineswegs ausgeschlossen.

## Robuster Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt entwickelte sich in 2022 – trotz der oben geschilderten wirtschaftlichen Schwierigkeiten – positiv. Nach wie vor ist der Bedarf an Arbeitskräften in vielen Branchen und Unternehmen groß. Die offenen Stellen sind zwar seit Monaten rückläufig, bewegen sich aber nach wie vor auf hohem Niveau.

Die Zahl der Erwerbstätigen wuchs im Jahresverlauf deutlich auf 45,7 Mio. Personen; die der registrierten Arbeitslosen ist in 2022 auf jahresdurchschnittlich 2,4 Mio. Personen gesunken, was insbesondere auf ein Job-Plus in privaten Dienstleistungsbranchen zurückzuführen war. Im öffentlichen Dienst, im Baugewerbe und in der Industrie entstanden hingegen kaum neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze.

Die konjunkturelle Abkühlung gegen Jahresende schwächte das Beschäftigungswachstum. Hinzu kam ein Sondereffekt: In der zweiten Jahreshälfte wurden die ukrainischen Flüchtlinge in die Grundsicherung für Arbeitssuchende aufgenommen, was die Zahl der Arbeitslosen statistisch erhöhte. Die Zahl der Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter stieg zum Jahresende wieder etwas an (November: etwa 200.000), die Werte lagen aber weit unter den pandemiebedingten Rekordzahlen des Jahres 2020 (damals im April: fast 6 Mio.).

Die meisten Wirtschaftsexpertinnen und -experten erwarten für 2023 nur noch einen geringen Anstieg der Erwerbstätigkeit. Zugleich dürfte sich die Arbeitslosenquote und die Zahl der Arbeitslosen wieder leicht erhöhen. Ein deutlicher Einbruch und Stellenabbau wird also nicht erwartet.

## FDP-Finanzminister blockiert öffentliche Finanzen

Die Lage der öffentlichen Haushalte ist weiterhin durch die Folgen des Krieges und der Energiekrise geprägt. Die Entlastungspakete haben 2022 die wirtschaftliche und soziale Entwicklung mit etwa 50 Mrd. Euro stabilisiert. Das volkswirtschaftlich betrachtete Finanzierungsdefizit von Bund, Ländern und Gemeinden betrug über 100 Mrd. Euro. Das entspricht 2,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Damit werden die EU-Schulden-

regeln eingehalten. Die Schuldenquote – der Anteil der Schulden am Bruttoinlandsprodukt – sank sogar. Während der Bund rote Zahlen schrieb, erzielten Länder und Gemeinden sogar erhebliche Überschüsse.

In diesen Zahlen sind allerdings diverse Sonderhaushalte – insbesondere der 200-Mrd. Euro schwere Wirtschaftsstabilisierungsfonds Energie und das 100 Mrd. Euro schwere Sondervermögen Bundeswehr – nicht berücksichtigt. Für diese Sondervermögen wurde die Schuldenbremse des Grundgesetzes ausgesetzt bzw. eine Sonderregelung geschaffen. Die

» **Finanzierungsspielräume werden durch kreditfinanzierte Sonderfonds erhöht.**

Schuldenbremse begrenzt die strukturelle, um konjunkturelle Schwankungen

bereinigte Kreditaufnahme des Bundes auf aktuell unter 14 Mrd. Euro und die der Länder auf Null. Auch der Erwerb von Anteilen am Gashandelsunternehmen Uniper zur Deckung von dessen Verlusten und andere „finanzielle Transaktionen“ sind nicht enthalten.

Die Steuereinnahmen sind 2022 mit der Inflation dynamisch um etwa acht Prozent gestiegen, insbesondere die Mehrwertsteuer und Gewinnsteuern. Dieser Anstieg war um über einen Prozentpunkt stärker als in der letzten Steuerschätzung vom Oktober 2022 angenommen. Auch in diesem Jahr dürften die Steuereinnahmen weiter deutlich zunehmen, allerdings etwas schwächer als in der Steuerschätzung ausgewiesen. Der Grund dafür sind Steuersenkungen, insbesondere der Ausgleich der kalten Progression, die darin noch nicht berücksichtigt waren.

Ab 2023 soll die Schuldenbremse auf Druck des FDP-Finanzministers Lindner wieder eingehalten werden. Dies gelingt dem Bund, indem er neben der Ausschöpfung des geringen Spielraums der Schuldenbremse die hohen Rücklagen aus den

genannten Fonds einsetzt. Wenn die so finanzierten Ausgaben eingerechnet werden, wird das Defizit 2023 mit über 200 Mrd. Euro noch deutlich über dem des Jahres 2022 liegen. Länder und Gemeinden dürften nach Einschätzung der Bundesbank auch 2023 weiter Überschüsse erzielen. 2022 betragen die Finanzierungsüberschüsse der Gemeinden fast neun Mrd. Euro. Finanzschwache Kommunen, für die sich das anders darstellt, müssen mit zusätzlichen Finanzmitteln ausgestattet werden.

Wie groß die Defizite des Bundes im laufenden Jahr tatsächlich ausfallen werden, ist noch unklar. Das liegt daran, dass die Kosten der Strom- und Gaspreisbremsen stark von der Energiepreisentwicklung abhängen und nach aktuellem Stand weniger teuer als geplant werden könnten. Andererseits fordern wir kräftige Tarifsteigerungen für die Beschäftigten beim Bund und in

den Kommunen sowie mehr Personal in Ländern und Kommunen. Die finanziellen Spielräume dafür sind vorhanden.

Die Verteilungskonflikte werden sich zukünftig zuspitzen. Die höheren Zinsen führen zu steigen-

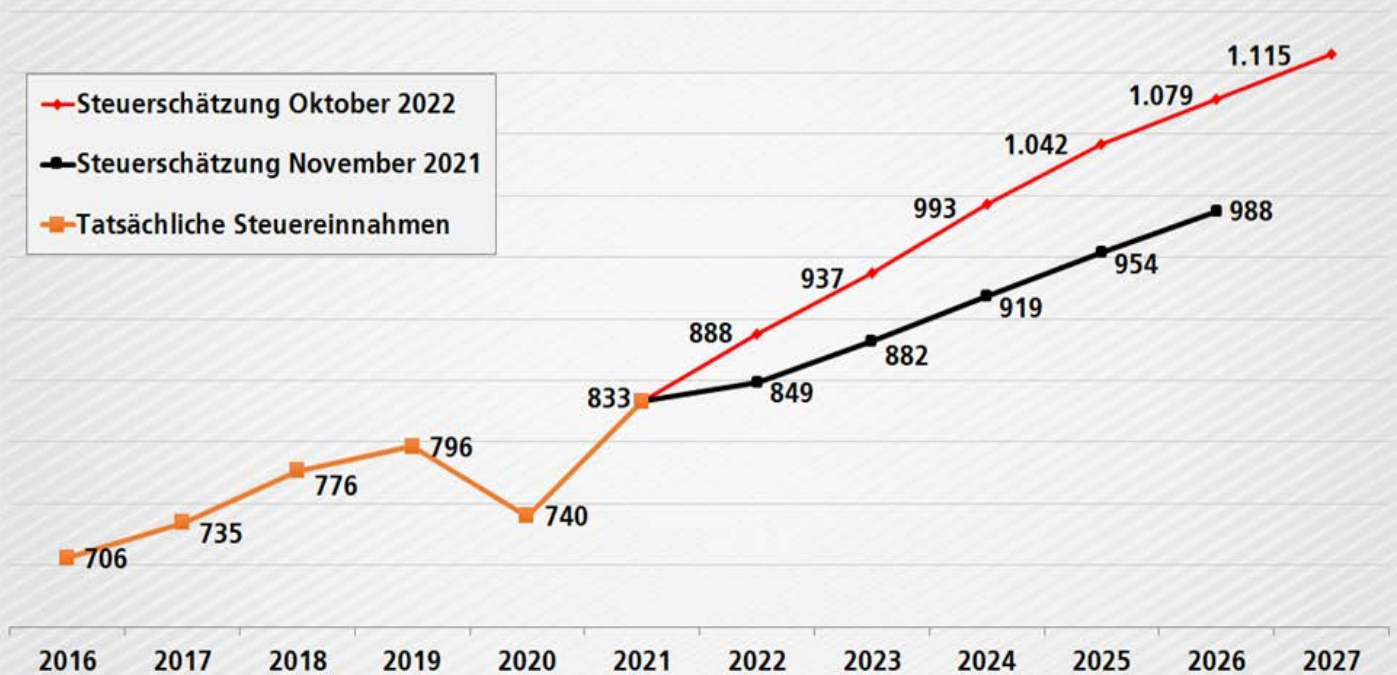
**» Die Verteilungskonflikte werden sich in den kommenden Jahren weiter verschärfen.**

den Zinsbelastungen der öffentlichen Haushalte, insbesondere des Bundes. Gleichzeitig er-

fordert die von der Ampelkoalition geplante Kindergrundsicherung Mehrausgaben und Verteidigungsminister Pistorius fordert mehr Geld für die Bundeswehr. Höhere Ausgaben sind zudem notwendig für den ÖPNV und um die Finanzen der Krankenversicherung und der Rentenversicherung zu stabilisieren. Ab 2028 müssen zudem die Corona-Schulden und ab 2031 die Kredite des Bundeswehrfonds und des Wirtschaftsstabilisie-

## Steuereinnahmen wachsen dynamisch

Geschätzte und tatsächliche Steuereinnahmen in Mrd. Euro, 2017 bis 2027



ver.di INFO GRAFIK [www.wipo.verdi.de](http://www.wipo.verdi.de) | Quelle: Arbeitskreis Steuerschätzungen, eigene Darstellung. Bis 2021 Ist-Werte.

rungsfonds getilgt werden. Dieses Geld muss aus dem Bundeshaushalt aufgebracht werden und verringert die Spielräume für andere Ausgaben.

Eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen lehnt Finanzminister Lindner ab, stattdessen fordert er Steuersenkungen für Unternehmen. Und in einem Papier der FDP-Fraktion wurde sogar gefordert, Steuersenkungen für hohe Einkommen und Unternehmen durch höhere Mehrwertsteuern zu finanzieren. Unter den Mehrbelastungen würden Haushalte mit niedrigeren Einkommen besonders stark leiden.

Die Gewerkschaften lehnen eine solche steuerpolitische Umverteilung von Unten nach Oben ab. Stattdessen muss die Schuldenbremse abgeschafft oder zumindest durch die Einführung einer „goldenen Regel“ zur Investitionsfinanzierung reformiert werden. Große Vermögen oberhalb einer Million pro Person müssen mit einer Vermögensteuer belegt und die Steuerbefreiungen für superreiche Unternehmenserben abgeschafft werden. Steuer-schlupflöcher für Unternehmen müssen gestopft und eine effektive Mindestbesteuerung durchgesetzt werden. Der Spitzensteuersatz auf sehr hohe Einkommen muss erhöht werden, im Gegenzug ist die Besteuerung niedriger und mittlerer Einkommen zu verringern. So können die notwendigen höheren Ausgaben für die Stärkung des Sozialstaats und den sozial-ökologischen Umbau gerecht finanziert werden.

**» Der sozial-ökologische Umbau erfordert gerechte Steuern zur Finanzierung der erhöhten Ausgaben.**

## Reallöhne sichern!

Die zentrale Herausforderung für die Tarifpolitik besteht in diesen Zeiten darin, trotz der starken

Preissteigerungen die Realeinkommen der Beschäftigten und ihrer Familien zu sichern. Im Jahr 2022 ist dieses Ziel deutlich verfehlt worden, die preisbereinigten Reallöhne sanken um über drei Prozent, nach der „alten“ Berechnung der Inflationsrate um über vier Prozent. Dies kann der Tarifpolitik allerdings nicht angelastet werden, da ganz überwiegend noch Tarifverträge galten, die in Zeiten der Pandemie bei viel geringeren Inflationsraten abgeschlossen worden waren.

Die Gas- und Strompreisbremse wird bis April 2024 die Belastungen der Haushalte und der Unternehmen durch höhere Energiepreise begrenzen. Allerdings bedeutet sie lediglich, dass die Kosten für die Haushalte „nur“ knapp doppelt so hoch sein werden wie bis 2021. Auf dieses Preisniveau werden wir uns auch für die Zukunft einstellen müssen. Zu beachten ist, dass sich die Gas- und Strompreisbremse in einer Senkung der Inflationsrate auswirken und auch bei den Prognosen für 2023 und 2024 schon einkalkuliert sind. Wenn wir Inflationsausgleich fordern, können die Energiepreisbremsen also nicht von den Arbeitgebern als Argument gegen entsprechende Tarifsteigerungen gebracht werden, sondern sie sind da schon eingepreist.

Eine aus Sicht der Bundesregierung zentrale Maßnahme ist die Steuer- und Sozialbeitragsbefreiung einer Inflationsprämie von bis zu 3000 Euro pro Person. Diese kann bis 2024 ausgezahlt werden, auch in beliebig vielen Raten. Diese Abgabenbefreiung führt einerseits dazu, dass sich diese Zahlungen anders als normale Lohn- und Gehaltserhöhungen eins zu eins netto auf dem Konto auswirken. Das macht sie für Beschäftigte (scheinbar) attraktiv. Andererseits führt sie zu erheblichen Einnahmeverlusten der Sozialversicherung und etwas geringeren Rentenansprüchen. Daher ist sie durchaus zwiespältig zu bewerten. Die „Inflationsprämien“ sind zudem – ebenso wie die in den letzten Jahren vereinbarten Corona-



Prämien und sonstigen Einmalzahlungen – nicht tabellenwirksam, das heißt sie erhöhen nicht die Ausgangsbasis für künftige Tariferhöhungen und mindern so dauerhaft die Lohnentwicklung und die Kaufkraft. Die Einmalzahlungen fallen weg, aber auch wenn die Inflationsraten in den kommenden Jahren wieder geringer werden, sinkt das Preisniveau insgesamt nicht. Es steigt nur langsamer. Die Abgabenbefreiung dieser Prämienzahlungen ist also durchaus ein „vergiftetes Geschenk“.

Es ist daher notwendig, dass ver.di sich auf Forderungen nach tabellenwirksamen und damit dauerhaft die Löhne erhöhenden Tariferhöhungen konzentriert. Für den öffentlichen Dienst Bund und Kommunen fordern wir 10,5 Prozent, ebenso für die Papierverarbeitung. Für die Post-AG lautet die Forderung 12 Prozent, für die Energiewirtschaft 13 Prozent. Um die besonders hohe

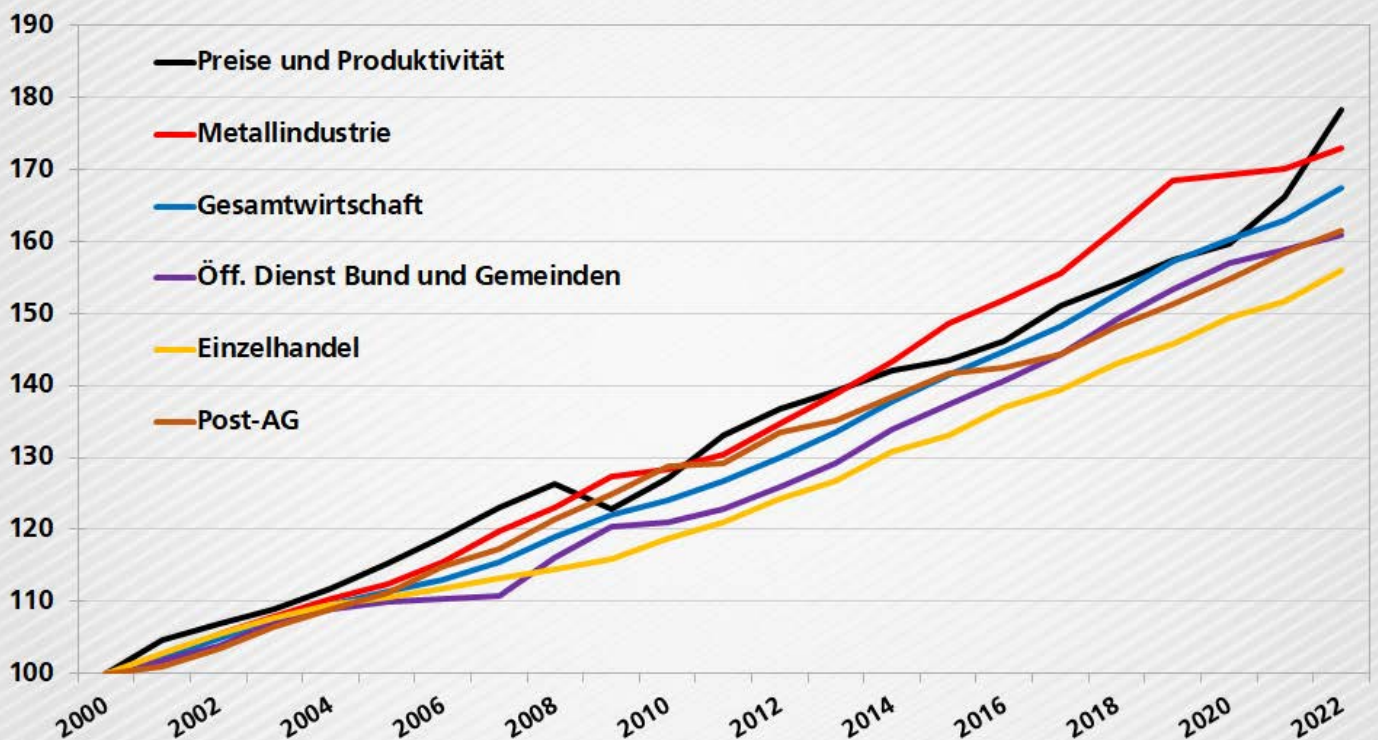
Betroffenheit der Beschäftigten mit eher niedrigen Löhnen von der Inflation auszugleichen und um insgesamt die Lohnungleichheit in Grenzen zu halten, fordert ver.di im öffentlichen Dienst

**» Hohe Tarifsteigerungen völlig berechtigt und notwendig, um die Reallöhne zu sichern.**

einen Mindestbeitrag von 500 Euro mehr im Monat, für Auszubildende 250 Euro. Ähnliche Forderungen gibt es auch in anderen Bereichen. Alle Forderungen beziehen sich auf eine Tariflaufzeit von 12 Monaten.

Die Tariferhöhungen in 2021 und 2022 blieben zusammen um fünf bis sieben Prozent hinter der Inflationsrate zurück. Für 2023 werden erneut Preissteigerungen um sechs Prozent erwartet. Vor diesem Hintergrund sind die Tarifforderungen völlig berechtigt und notwendig um die Reallöhne zu sichern. Dass die bisherige Inflation

## Tarifentwicklung in ausgewählten Branchen 2000-2022



### Zur aktuellen Entwicklung der Lohnquote

Die Lohnquote wird in Deutschland üblicherweise als Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen dargestellt. Sie ist 2022 von 69,9 auf 71,0 Prozent gestiegen. Dies überrascht angesichts der kräftigen Reallohnverluste, während zugleich viele DAX-Konzerne Rekordgewinne gemeldet haben. Rüstungsindustrie, Mineralöl- und Gaskonzerne, die allerdings im Ausland sitzen, Stromproduzenten, Paketdienste u.a. sind Gewinner der Pandemie- und Energiekrise. Nach einer Untersuchung des ifo-Instituts haben auch Landwirtschaft, Bau und Einzelhandel die allgemeinen Preissteigerungen genutzt, um ihre Gewinne deutlich auszuweiten. Viele Unternehmen, vor allem kleine und mittlere, leiden aber selbst unter den höheren Kosten. Gesamtwirtschaftlich sind nach Abzug der Preissteigerungen nicht nur die Löhne, sondern auch Gewinne und Vermögenseinkommen gesunken – nachdem sie 2021 kräftig gestiegen waren.

Das liegt aber nicht an steigenden Lohnkosten. Ein Grund ist vielmehr der Rückgang der an Unternehmen fließenden Corona-Subventionen um fast 40 Mrd. Euro. 2021 hatten diese die Gewinne deutlich erhöht. Der zweite Grund ist ein exorbitanter Anstieg der Abschreibungen, des Wertverlusts des Anlagevermögens. Dieser mindert den Gewinn. Die Abschreibungen werden in der in der volkswirtschaftlichen Statistik zu Wiederbeschaffungspreisen berechnet. Diese sind durch die Inflation stark angestiegen. Das ist aber ein rein kalkulatorischer Posten, der den tatsächlichen Geldzufluss nicht mindert. Der Anstieg der Lohnquote liegt also an statistischen Sonderfaktoren.

nichts mit einer „Lohn-Preis-Spirale“ zu tun hat, kann angesichts der Faktenlage niemand ernsthaft bezweifeln. Die Ursache sind Preissteigerungen importierter Energie und anderer Rohstoffe sowie Nahrungsmittel. Klar werden die Unternehmen versuchen, höhere Lohnkosten wiederum in höhere Preise zu überwälzen. Wie weit

ihnen das gelingt, hängt von den ökonomischen Bedingungen und den Kräfteverhältnissen in den Lohnauseinandersetzungen ab. Es geht um einen Kampf darum, wer welchen Teil der Lasten der höheren Importpreise letztlich zu tragen hat, Lohnarbeit oder Kapital.